

Pressemitteilung

Ansprechpartner **Datum**

Dr. Thomas Jakobs 22.06.2023
0681/92611-11
jakobs@skgev.de

Bundesweiter Aktionstag „Alarmstufe Rot – Krankenhäuser in Not“

Eiskalten Strukturwandel beenden

Mit dem bundesweiten Aktionstag am 20.06.2023 unter dem Titel „Alarmstufe Rot - Krankenhäuser in Not“ haben die Kliniken in Deutschland auf ihre verheerende wirtschaftliche Situation aufmerksam gemacht. Auch die saarländischen Krankenhäuser sind durch immense inflationsbedingte Kostensteigerungen und eine fehlende Refinanzierung betroffen, was sie durch Aktionen am 20.06.2023 deutlich gemacht haben.

„Die saarländischen Krankenhäuser haben sich dem Protest und dem Aktionstag angeschlossen, weil sie endlich wieder Verlässlichkeit bei der Finanzierung benötigen. Wir haben im vergangenen Herbst mit einer Rettungsfahrt durch Deutschland auf die Missstände aufmerksam gemacht. Es gab danach zwar politische Hilfe, aber zum einen nicht genug und vor allen Dingen nicht nachhaltig. Wir müssen weg von immer neuen Hilfspaketen. Die Krankenhäuser benötigen verlässliche Sicherheit für Krankenhausträger, Beschäftigte und vor allem für Patientinnen und Patienten. Wenn politisch nicht gehandelt wird, erleben wir einen eiskalten Strukturwandel mit Insolvenzen, Schließungen und verheerenden Auswirkungen für die Versorgungssicherheit“, so Manfred Klein, Vorsitzender der Saarländischen Krankenhausgesellschaft e.V. (SKG).

Unabhängige Untersuchungen, wie aktuell der Krankenhausrating-Report 2023, spiegeln die dramatische wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser wider. Die Zahl der akut insolvenzgefährdeten Kliniken im Corona-Jahr 2021 ist laut Krankenhausrating-Report bundesweit von 7 auf 11 Prozent gestiegen. Für Rheinland-Pfalz und das Saarland stieg der Wert sogar von 4 auf 25 Prozent. Dies ist im Ländervergleich der höchste Anstieg. Noch dramatischer ist allerdings die prognostizierte Situation für 2024: rund 80 Prozent der Kliniken werden ein negatives Jahresergebnis verzeichnen.

Die Bundesregierung hat auf die Energiekostensteigerungen reagiert und 6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Diese fließen aber nur teilweise wirklich in die Kliniken. Immerhin hat sich die Politik nun aber kurzfristig entschlossen, dass 4 dieser 6 Milliarden als direkte pauschale Hilfen ausgezahlt werden.

„Andere inflationsbedingte Mehrkosten, wie bei Material, externen Dienstleistern, Lebensmitteln usw. treffen die Kliniken trotzdem weiterhin. Die Krankenhäuser haben aber keine Möglichkeit, die gestiegenen Preise weiterzugeben“, so Bernd Mege, stellvertretender Vorsitzender der SKG. „Die Preissteigerungen der Kliniken sind für das Jahr 2023 bei 4,3 Prozent gesetzlich gedeckelt- die Inflation liegt aber weit darüber, so dass die Krankenhäuser in Deutschland bis Ende des Jahres 2023 ein Defizit

von rund 10 Milliarden Euro anhäufen werden“, so Mege weiter. Dazu kommen im Saarland außerdem ein Stillstand in der Investitionsförderung durch die Landesregierung, wodurch vorgesehene Bau- und Investitionsmaßnahmen der Kliniken stocken, sowie die nur teilweise gesicherte Refinanzierung der Tarifsteigerungen. Für das Jahr 2024 sind nach dem Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst weitere erhebliche Kostensteigerungen absehbar.

„Wir fordern die Politik auf, endlich verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie wieder in wirtschaftlicher Sicherheit dauerhaft ihre Arbeit planen und die medizinische Versorgungssicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Land sicherstellen können“, so der SKG-Geschäftsführer, Dr. Thomas Jakobs. „Für uns ist in dieser Situation auch nicht nachvollziehbar, dass Gesundheitsminister Dr. Jung keine Möglichkeit der Unterstützung der saarländischen Krankenhäuser durch das Land sieht und diesbezüglich an den Bund verweist – wohlwissend, dass der Bundesfinanzminister hierzu ebenfalls angekündigt hat, keine Gelder zur Verfügung zu stellen. Ein Vorschaltgesetz ist jetzt notwendig, um die drohenden Insolvenzen zu vermeiden. In diesem Gesetz müssen kurzfristig finanzielle Hilfen für Krankenhäuser erfolgen“, so Jakobs.

Die Saarländische Krankenhausgesellschaft e.V. (SKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger im Saarland. Sie vertritt seit 1950 die Interessen von gegenwärtig 19 Krankenhäusern des Saarlandes in der Landes- wie Bundespolitik und nimmt ihr per Gesetz übertragene Aufgaben wahr. Die saarländischen Krankenhäuser versorgen jährlich stationär etwa 245.000 Patienten. Mit zusammengekommen rund 14.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind sie einer der größten Arbeitgeber des Saarlandes.

Für Rückfragen stehen Ihnen zur Verfügung:

- SKG-Vorsitzender, Manfred Klein, Tel.: 06831 / 962 - 461
- stv. SKG-Vorsitzender, Bernd Mege, Tel.: 0681 / 889 - 2299
- SKG-Geschäftsführer, Dr. Thomas Jakobs, Tel.: 0681 / 92611 - 11